



# Interviews

## Diskussion um Heizungsreform

### Interview mit Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

"Informationen am Morgen", 23.5.2023, 6:50 Uhr

**Sandra Schulz:** Die Diskussion um mehr Klimaschutz im Gebäudebereich und auch das dazugehörige Gesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck und Bauministerin Klara Geywitz können wir jetzt fortschreiben. Am Telefon ist Professorin Veronika Grimm, Volkswirtschaftlerin der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. – Guten Morgen!

**Veronika Grimm:** Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

**Schulz:** Es gibt ja Prognosen, wonach in diesem Jahr 400.000 Wärmepumpen eingebaut werden könnten. Wirkt das Gesetz jetzt schon, bevor es überhaupt beschlossen ist?

**Grimm:** Ja, das ist sicherlich der Fall. Es ist aber auch so, dass zum Beispiel in Neubauten schon sehr, sehr umfangreich Wärmepumpen eingebaut werden. Es geht, glaube ich, bei der Diskussion im Wesentlichen darum, wie man im Altbau, vor allen Dingen im unsanierten Altbau den Leuten die Möglichkeit eröffnet. Es ist ja so, dass 75 Prozent des Gebäudebestands heute noch fossil beheizt werden, und rund 40 Prozent der Heizkessel sind älter als 20 Jahre, elf Prozent besonders ineffizient. Da liegt eigentlich die große Herausforderung.

**Schulz:** Und dass die Koalition daran was ändern will, darüber herrscht ja Einigkeit. Die Frage ist jetzt nur, wie. Und Gesetz jetzt nachbessern oder ganz neu schreiben.

Und da kam jetzt ein Beitrag des Klimaforschers Ottmar Edenhofer, über den sich die FDP vermutlich sehr gefreut hat. Er hat auf Twitter dazu geraten, das Gesetz einzumotten und einen neuen Anlauf zu machen. Sie sind ihm ja beigesprungen. Meinen Sie auch, dass das Gesetz in die Tonne kann und soll?

**Grimm:** Ich glaube, es hat schon seine Schwierigkeiten – vor allen Dingen, weil es die Leute sehr, sehr schnell vor große Herausforderungen stellt, insbesondere diejenigen, die sehr schlecht sanierte Gebäude haben, die vielleicht gar nicht die Möglichkeit haben, ohne Sanierungsmaßnahmen auf eine der laut Gesetz möglichen Optionen umzusteigen und dann in die Lage kommen, dass sie für eine Übergangszeit eine Mietanlage provisorisch einbauen müssen und dann wieder austauschen müssen. Das scheint mir sehr, sehr schwer praktikabel. Ob man das Gesetz jetzt einmotten muss, ist eine andere Frage. Es wird ja auch diskutiert, ob man jetzt ältere Menschen von dem Gesetz ausnimmt, zum Beispiel die Gruppe der Rentner. Aber wenn man das tut, dann verliert es jeden Biss. Dann ist es eigentlich ein zahnloser Tiger mit Blick auf den Klimaschutz und da würde ich jetzt Ottmar Edenhofer recht geben. Wir brauchen etwas, was den Klimaschutz tatsächlich umsetzt, und er schlägt ja vor, einen Emissionshandel, den Emissionshandel im Gebäudesektor vorzuziehen, um die Emissions-Reduktionsziele im Gebäudesektor durchsetzen zu können, und die Einnahmen aus dem Emissionshandel in Form eines Klimageldes pro Kopf an die Menschen zurückzugeben. Das ist der richtige Weg. Dann hätte man ein Instrument, das dazu geeignet ist, den Klimaschutz im Gebäudesektor durchzusetzen, und dann kann man vieles noch tun, um den Menschen die Chancen zu eröffnen, auch klimafreundliche Heizungsanlagen einzubauen. Ich glaube, diese Kombination sollte man wählen, egal ob man jetzt dieses Gesetz in abgemilderter Form umsetzt oder nicht.

**Schulz:** Aber die CO<sub>2</sub>-Bepreisung schneller hochzufahren, greift das rechtzeitig?

**Grimm:** Ja, das greift definitiv, weil wenn man es über einen Emissionshandel umsetzt, dann hat man ja ein gewisses Emissionsbudget, das noch möglich ist. Dafür werden Zertifikate ausgegeben und die werden bepreist und die werden umso teurer, umso weniger passiert. Das heißt, man setzt sich dadurch auch in gewisser Weise politisch unter Druck, dass schnell viel passiert, dass schnell viele Heizungen ausgetauscht werden. Und wenn man das kombiniert, diesen Emissionshandel, der den klaren Anreiz setzt und auch durchsetzt, dass die Emissions-Reduktionsziele eingehalten werden, und gleichzeitig viel tun muss, damit viele Leute in die Lage kommen,

ihre Heizungsanlagen auszutauschen, damit die Nachfrage nach CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten nicht so groß wird, dann hätte man eine Chance, die Ziele zu erreichen, aber eine gewisse Flexibilität zu haben. Der Emissionshandel, das System über Preise führt ja auch dazu, dass diejenigen, für die das besonders aufwendig wäre, erst mal die Option haben, noch mal zum Beispiel eine fossile Anlage auszubauen, aber mit der Perspektive, dass man die nicht ihre gesamte Lebenszeit nutzen kann. Ich glaube, diese Flexibilität braucht man, anstatt eines sehr harten Datums, ab dem alle diesen Regeln unterliegen, die für viele dann schwierig einzuhalten sind.

**Schulz:** Ich verstehe dieses Werben für das ja ganz klar marktwirtschaftlichere Werkzeug des Emissionshandels. Jetzt ist es doch aber schon so, dass eigentlich alle wissen, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung irgendwann kommen wird, dass es irgendwann teurer wird, fossil zu heizen, und trotzdem sind im vergangenen Jahr noch 600.000 Gasheizungen eingebaut worden. Was spricht dafür, dass dieses Steuerungsinstrument wirklich greift?

**Grimm:** Ja, genau das, dass man eine Sicherheit hat. Im Moment ist es ja so, dass man eher Unsicherheit geschaffen hat, ob man tatsächlich bereit ist, mit Hilfe des Emissionshandels die Emissions-Reduktionsziele durchzusetzen im Gebäudesektor. Man hat ja während der Energiekrise jetzt einen Preisschritt im nationalen Emissionshandel ausgesetzt. Der Preis steigt ja aktuell sukzessive und soll dann 2026 in einen Emissionshandel überführt werden, aber in einem Preiskorridor. Wenn man jetzt Zweifel daran sät, ob man den Weg wirklich geht, dann besteht Unsicherheit. Dann weiß man doch nicht so richtig, ob am Ende die Politik ernstmacht, und das führt immer dazu, dass Investitionen nicht getätigt werden, beziehungsweise das, was Sie eben erwähnt haben, dass viele Leute auch noch eine Gasheizung einbauen, die eigentlich auf eine klimafreundliche Lösung umsteigen sollten. Da, würde ich denken, hilft es durchaus, wenn man diese Unsicherheit sehr stark reduziert, indem man sich als Gesetzgeber klar bindet und die Ausgestaltung auch auf den Tisch legt.

**Schulz:** Eine Verantwortungsdiffusion kauft man sich allerdings ein, nämlich die, dass die Vermieterinnen und Vermieter die Heizkosten ja weitergeben können an die Mieterinnen und Mieter, also einen relativ kleineren Anreiz hätten umzurüsten, und die Mieterinnen und Mieter kriegen dann den Hammer in Gestalt der höheren CO<sub>2</sub>-Preise.

**Grimm:** Ja, da gibt es verschiedene Möglichkeiten, das auszugestalten. Da muss man sich Gedanken machen, wie man auch die Vermieter anreizt, Heizungen einzubauen, und hier ist es wiederum so, dass man entweder über einen Preismechanismus gehen kann, oder auch über ein Gesetz, das eine ähnliche Form hat wie die aktuelle Novelle des Gebäude-Energiegesetzes, dass man dort auch mit Verpflichtungen arbeitet, die den Vermietern auferlegt werden. Allerdings hätte man über diese Kombination mit dem Preismechanismus hier auch wieder mehr Luft, um dieser extremen Heterogenität im Gebäudesektor gerecht werden zu können. Das große Problem ist ja, dass es sehr kleinteilig ist. Wir haben 40 Millionen Haushalte in Deutschland. Davon heizt ungefähr die Hälfte, also 20 Millionen, mit Gas, dann weitere noch mit Öl. Das heißt, man hat sehr, sehr viele Fälle pro Jahr, für die das relevant ist. Die Anzahl der Heizungstausche pro Jahr ist ungefähr 900.000 bis eine Million. Hier ist es so, wenn die Voraussetzungen der einzelnen Akteure sehr unterschiedlich sind, dass man da durchaus in Probleme gerät mit Regeln, die für alle ganz genau gleich sind. Insofern hätte man über den Emissionshandel diese Flexibilität und könnte das mit bestimmten Anforderungen für bestimmte Gebäudeklassen kombinieren, so dass man am Ende da auch den Druck hochhält, in Richtung klimaneutraler Heizungen zu gehen, aber nicht so hochhält, dass man diesen großen Anteil der schlecht sanierten Gebäude Anforderungen unterwirft, die ganz schwer einzuhalten sind.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*